

Frankfurter Allgemeine  
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Leistungsträgerinnen

Mit der Quote Quote zu machen, ist das gemeinsame Ziel der Parteien. Der Umgang mit der Frauenquote soll ihre jeweilige Wählerquote erhöhen. Der Zweck des Streits in der Sache – Pflichtquote oder Selbstverpflichtungsquote – ist es, den Mentalitäten der eigenen Wählerschaft entgegenzukommen, den Frauen wie den Männern. Dabei sind manche Argumente geradezu irreführend. Wirtschaftsminister Brüderle meint, Deutschland könne „auf seine Leistungsträgerinnen nicht verzichten“. Das will auch niemand, im Gegenteil. Die Frage ist nur, ob die ministeriell gelobten Leistungsträgerinnen den Männern in den Spitzenpositionen zuarbeiten und deren Erfolg ermöglichen, oder ob sie selbst die Spitzenpositionen einnehmen – und sich auf leistungsstarke Männer stützen. Dieser Mechanismus macht klar, dass mit einer „freiwilligen Quote“ nicht viel zu gewinnen ist. Eine schematische Quote hilft ohnehin nicht weiter. Allein der Frauenanteil eines Unternehmens ist der begründete Maßstab für die Verteilung der Leistungspositionen auf die Geschlechter. Das wäre gerecht, allerdings nicht revolutionär. G.H.

## Gut und nützlich

Ob der spanische Ministerpräsident José Rodríguez Zapatero zu den Fans der Kanzlerin gehört, sei dahingestellt. Im vergangenen Jahr, auf dem Höhepunkt der Schuldenkrise gab es zwischen den beiden Regierungen manche Irritation und manche Unterstellung. Klar war, dass Berlin als Gegenleistung für europäische Solidarität auf Reformen in jenen Ländern bestand, die unter scharfer Beobachtung der Märkte standen. Selbst wenn es seinen politischen Überzeugungen widersprochen haben mag, hat Zapatero seit einer Art spanische „Agenda 2010“ geschultert – zuletzt die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. Das liegt auf der Linie der Vorstellungen der Bundesregierung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, auch derjenigen der spanischen Wirtschaft. Berlin kann nicht erwarten, dass Zapatero jeden seiner Wünsche (begeistert) erfüllt; aber es ist schon gut, dass die Zusammenarbeit funktioniert. Wenn junge Spanier nach Deutschland kommen, um zu arbeiten, ist das auch gut: Es nützt beiden Ländern und entspricht europäischen Prinzipien – Stichwort Freizügigkeit. K.F.

## Sensationen

Sollten die Amerikaner tatsächlich die Absicht haben, des in aller Welt zum „Staatsfeind“ stilisierten Julian Assange habhaft zu werden, machten sie aus dem Enthüller erst recht einen Internet-Heiligen. Nicht nur das ließe sie wie schlechte Verlierer aussehen. Der Journalismus Assanges – er nennt ihn „wissenschaftlichen Journalismus“ – wird auf Kosten des Informanten gefeiert, der Wikileaks mutmaßlich mehrmals mit Material gefüttert hat und seit Juli 2010 in einem amerikanischen Militärgefängnis auf seinen Prozess wegen Geheimnisverrats wartet. Es ist die undurchsichtige Machtstruktur des Assange-Imperiums, die Bradley Manning zum Verhängnis wurde. Sein Name wurde preisgegeben. Assange war das egal. Er wollte die Sensation. Die geben ihm nicht nur seine lusternen Glaubensbrüder, sondern auch Washington, indem es sich anschiekt, an Manning ein Exempel zu statuieren. Der Obergreifende aus Maryland wird so das Opfer eines Journalismus, der die Pressefreiheit dazu nutzt, eine demokratische Großmacht zu demütigen. Der Gewinner dieses unwürdigen Schauspiels sollte nicht Wikileaks sein. kum.

# Das fremd gewordene Projekt

Nur noch eine Minderheit der Deutschen sieht in Europa ihre Zukunft / Von Klaus-Dieter Frankenberger

Es hat sich angedeutet und kommt nicht aus heiterem Himmel. Aber was das Institut für Demoskopie Allensbach zur europapolitischen Stimmungslage der Deutschen ermittelt hat, ist dennoch dramatisch und alarmierend: Nicht zuletzt wegen der öffentlichen Diskussion über die Stabilität des Euro drohe das Ziel der politischen Einigung Europas Schaden zu nehmen. Das Misstrauen in die Währungsunion nimmt zu, was unter dem Eindruck hektischer Krisenbewältigungspolitik und großer Rettungsschirme so verwunderlich nicht ist. Doch der Unmut geht darüber hinaus: Es schwindet das Vertrauen in die Europäische Union im Allgemeinen.

Nur noch 41 Prozent der befragten Deutschen sehen in Europa „unsere Zukunft“, wie die Meinungsforscher herausgefunden haben. Sie erkennen seit der deutschen Wiedervereinigung ohnehin mehr und mehr Zeichen des Unbehagens der Bevölkerung am Einigungsprozess und weisen darauf hin, dass „alle großen Grundsatzentscheidungen der europäischen Einigung der letzten 20 Jahre gegen den Willen der deutschen Bevölkerung durchgesetzt“ worden seien: von der Einführung des Euro bis zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Die Schuldenkrise einzelner EU-Mitglieder und die Diskussion über die Lösung dieser Krise haben die Geduld vieler Deutscher offenbar „überstrapaziert“. Nach den Allensbach-Daten ist das Ansehen der EU in kürzester Zeit auf einen Tiefpunkt gesunken.

Was dieses Meinungsklima der Euroskepsis, des Verdrusses und der grundsätzlichen Ablehnung für den Handlungsspielraum der deutschen Europa-Politik und, zum Beispiel, für die politische und institutionelle Fortentwicklung der Währungsunion bedeutet, liegt auf der Hand. Zwei Mitglieder der Bundesregierung haben es offen gesagt: „Wer dem Einstieg in die Transferunion das Wort redet, setzt

den Rückhalt für Europa vor allem in den Ländern aufs Spiel, die die Hauptlast dafür tragen müssten“, hat Außenminister Westerwelle unlängst in dieser Zeitung geschrieben. Er sieht in der abnehmenden Zustimmung der Bevölkerung zur EU sogar ein „systemisches Risiko“. In puncto Lehren aus der Krise macht sich wiederum Finanzminister Schäuble keine Illusionen über das Ausmaß institutioneller Fortschritte; denn die politischen Widerstände gegen eine weitere Vergemeinschaftung beim demokratischen Souverän in den allermeisten Mitgliedstaaten und damit auch in den Parlamenten seien „derzeit unübersehbar“. Das gilt in Sonderheit für Deutschland.

Warum verlieren die Deutschen – und vielleicht auch andere – die „Lust“ auf Europa? Weil ihnen die Hilfe für klamme

Für die Abkühlung der Europa-Begeisterung gibt es vermutlich ein ganzes Bündel von Gründen.

Partner zu einer Last wird, die sie nicht mehr schultern wollen? Das kann es nicht alleine sein, zumal Wissenschaftler seit Jahren ein „Akzeptanzverlust“ auffällt. Allerdings dürfte es schon zutreffen, dass die Deutschen sich nicht länger mit der Rolle des Zahlmeisters abfinden wollen, der für alles geradesteht. Das Argument, dass deutsche Zahlungen an „Brüssel“ letztlich der deutschen Exportindustrie zugutekämen, verfehlt bei der Mehrheit der Deutschen kaum, unabhängig von seiner Stichhaltigkeit und von den unbestreitbaren Wohlstandsgewinnen. Ob die Leute sich darüber hinaus von der Boulevardpresse aufwiegeln lassen, für die das Thema „Andere leben auf unsere Kosten“ natürlich ein gefundenes Fressen ist, steht dahin.

Es ist vermutlich eine Melange von Gründen, welche das Verhältnis der Deutschen zu „Europa“ haben abkühlen lassen und die sich unter dem Eindruck der Finanz- und Schuldenkrise noch einmal verschärft haben. In einem gewissen Sinne hat sich die Einstellung vieler Deutscher zur europäischen Einigung mit wachsender Distanz zum Zweiten Weltkrieg „normalisiert“. Die EU wird nicht mehr überhöht; das hat zweifellos mit der Entwicklung Deutschlands zu tun und seiner Festigung als anerkannte Demokratie und leistungsstarke Wirtschaft, auch mit der deutschen Einheit. Europa ist nicht mehr der politische Ersatz für eine eigenständige Politik und für die eigene Identität. Die europäischen Institutionen sind wieder fremd geblieben, gleichzeitig sind sie nicht länger von einem Diskussions- und Kritikverbot umstellt. Diesen Umstand können sich Interessierte zunutze machen: „Europa“ muss oft als Sündenbock herhalten; nicht immer, aber oft trifft die Kritik den oder die Falschen.

Viele Europa-Politiker, vor allem jene, die von den Vereinigten Staaten von Europa träumen, haben jahrelang angenommen, die Bürger teilen ihren integrationspolitischen Enthusiasmus. Das ist vermutlich ein Irrtum. Selbstverständlich wollen die Leute, dass ihr Land mit den anderen Partnern gut und eng kooperiert; aber sie hängen noch mehr an den Symbolen und Institutionen ihrer Staaten; denen gilt ihre Loyalität in erster Linie. Das Nationalbewusstsein ist auch in Zeiten von Globalisierung und Europäisierung nicht erloschen; den europäischen Bundesstaat wollen die meisten nicht. Zudem fragen sich viele, ob die Behauptung, dass immer die europäische Lösung die bessere sei und „Europa“ zwangsläufig immer mehr Zuständigkeiten haben müsse, so einfach zutrifft. Es ist offensichtlich, dass in der Europa-Politik die Kluft zwischen der politischen Klasse mit ihrer Fixierung auf Institutionen und der Bevölkerung groß ist.

Maastricht, Amsterdam, Nizza, Verfassungsvertrag, Lissabon – in den vergangenen Jahren gab es nicht gerade wenig Reformrunden, die, unter anderem, auch das berüchtigte Defizit abzubauen und die Distanz zwischen der EU und den Bürgern verringern sollten. Jede Reformrunde wird als notwendig und wichtig angepriesen – nur um kurze Zeit später weiteren Reformbedarf zu erklären. So ist es auch jetzt wieder: Nach der schweren Geburt des Vertrags von Lissabon äußern sich viele Akteure, auch aus dem wissenschaftlich-publizistischen Umfeld der Brüsseler Institutionen, schon enttäuscht, weil dies oder jenes nicht so wie gewünscht funktioniert. Warum also sollten die Bürger davon so begeistert sein? Die Bürger konsumieren die Vorteile und Vorzüge, welche die Union der Europäer ihnen bringt, aber lieben tun sie deswegen die wenigsten. Sie akzeptieren die EU, und in einem pragmatischen alltagsweltlichen Sinne ist Europa auch ihre Zukunft. Dennoch sind sie sich nicht sicher, ob die Fortsetzung der bisherigen Einigungspolitik – mehr Harmonisierung, mehr Integration, mehr Kompetenzen für Kommission und Parlament – in ihrem Sinn ist. Sie wissen es nicht. Vielmehr lesen sie immer öfter von „Europas Niedergang und Fall“. Das ist der Titel eines Buches von Richard Young, tatsächlich ist es aber der heimliche Verdacht vieler Leute und ein Gegenstand der internationalen Politik.

Die Deutschen erfahren, dass ihnen die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft geneidet wird; sie erleben, dass zehn Jahre nach der Einführung des Euro schon alles auf eine Karte gesetzt wird: Scheitert der Euro, dann scheitert die EU, hat die Kanzlerin ihnen zugerufen. Das wäre vermutlich so. Ein Scheitern der Währungsunion versetzte der Union einen schweren Schlag. Muss man sich da wundern, dass die Zweifel wachsen? Europa sei eine Schicksalsgemeinschaft, wird gesagt. Richtig – wenn die Leute das auch so sehen.



Jens WEIDMANN Foto Marco Urban

## Im Hintergrund

Das Holzpaddel erinnert an den Wirtschaftsgipfel vom vergangenen Jahr. Als sogenannter Sherpa hat Jens Weidmann für die Bundeskanzlerin so einige Treffen der Staats- und Regierungschefs vorbereitet. Zeit für einen Ausflug im Kanadier gibt es in diesen Tagen gewiss nicht. Ganz im Gegenteil, bis tief in die Nacht muss der Wirtschaftsberater der Bundeskanzlerin für Nachfragen zur Verfügung stehen, kritische Punkte klären. Das glänzende Stück gab es in Toronto zum Abschied von den Kollegen. Nun schmückt es sein Büro im Kanzleramt, genauso wie zwei Flugzeugmodelle von Airbus und Boeing.

Der 42 Jahre alte Ökonom ist einer der engsten Berater der Kanzlerin. Er bleibt im Hintergrund. So zeigen Fernsehbilder von den jüngsten deutsch-israelischen Konsultationen nur kurz einen freundlich lächelnden Mann in den besten Jahren neben Angela Merkel. Weidmann, den sie einst von der Bundesbank ins Kanzleramt holte, wird auch an ihrer Seite zu finden sein, wenn sich die Staats- und Regierungschefs der EU an diesem Freitag treffen, um über die Energiepolitik zu reden. Die Eurostaaten-Schuldenkrise wird einen weiteren Schwerpunkt bilden. Dann geht es auch um den Pakt für Wettbewerbsfähigkeit, den Merkel und Frankreichs Präsident Sarkozy gemeinsam vorstellen wollen. Man kann sicher sein, dass Merkels Vertrauter daran maßgeblich mitgeschrieben hat.

Aber wie lange wird Weidmann Merkel noch auf ihrem Weg begleiten? Schon länger kursiert das Gerücht, sie ziehe es zurück in die Bundesbank. Mitte des Jahres wird dort auf jeden Fall die Position des Vizepräsidenten frei. Der Bund hat das Vorschlagsrecht. Aus Weidmanns Sicht kann der Wechsel nur attraktiv sein. Die Aufgabe wäre spannend, und er wäre wieder in der Nähe seiner Familie, die er sonst nur am Wochenende sieht – wenn nicht irgendwelche Krisen selbst das verhindern. Davon gab es in den fünf Jahren, die Weidmann im Kanzleramt ist, genug. In der Finanzkrise und Eurostaaten-Schuldenkrise ist manches Rettungspaket zu schnüren gewesen.

Für die Kanzlerin, aber auch für die Koalition wäre sein Abgang ein Verlust. Weidmann ist nicht aus der Ruhe zu bringen, fleißig, sympathisch und uneitel. Doch er weiß, was er kann oder geleistet hat. So ist ihm anzumerken, dass es ihm tiefe Genugtuung bereitet, dass die Einbindung des Internationalen Währungsfonds (IWF) in das Rettungspaket für Griechenland und andere Euro-Länder mittlerweile allgemein akzeptiert wird. Lange waren die Deutschen die einzigen, die das wollten – nicht zuletzt, weil der IWF Erfahrung im Sanieren von Staaten hat. Ohne ihn wäre das Risiko größer, dass die europäische Familie zu viel Nachsicht mit ihren Sündern zeigt. Weidmann ist mehr als nur Ökonom. Er kann sich in die Situation hineinversetzen, vor der Politiker stehen, wenn sie entscheiden müssen. Wenn nur eine kleine Wahrscheinlichkeit besteht, dass es übel enden könnte, werden sie diesen Weg nicht gehen, selbst wenn er nach herkömmlichen Maßstäben besser als alle anderen wäre. Dieses Wissen macht einen guten Kanzlerberater aus. MANFRED SCHÄFFERS

# Harmonisierungsgewinne

Die Ursache der Fehlentwicklungen liegt in den Nationalstaaten, nicht in der Union / Von Georg Paul Hefty

Nie ist eine Krise durch Mutlosigkeit begleitet worden. Das gilt insbesondere für Vertrauenskrisen, auch wenn es objektiv schlimmere Krisen gibt. Es braucht Mut, den sprichwörtlichen Stier, der zum Mythos Europa gehört, bei den Hörnern zu packen. Erfolgreicherweise ruht im Augenblick die sonst an den Nerven zerrrende Debatte über die „Finalität Europas“. Dieser immer wieder aufflammende Streit darüber, ob Europa eines Tages ein Staatenbund, ein Bundesstaat oder eine Formation sui generis (eigener Art) sein soll oder sein wird, ist so anmaßend und falsch wie die einst modische Behauptung vom „Ende der Geschichte“. Nicht die Bestimmung des Endzustands, sondern die Bestimmung des Zwecks der Europäischen Gemeinschaft ist die Bringschuld der Politik und die Holschuld der Bürger aller beteiligten Staaten. Wenn alle wissen, was mit Europa erreicht werden soll und was Europa für sie erreichen soll, dann können das Vertrauen in die Politik und das Selbstvertrauen der Bürger wieder wachsen, die Aufgaben zu erfüllen, deren Übersichtlichkeit an der geographischen Übersichtlichkeit der EU hängt.

Außenminister Westerwelle hat im Dezember in dieser Zeitung die EU „unsere Wohlstandsversicherung“ in den „Stürmen der Globalisierung“ genannt. Er hätte dabei stärker hervorheben müssen, dass er mit „uns“ nicht die Deutschen, sondern alle „Bürger und Politiker Europas“ meint. Es gibt keine langfristige Aussicht auf Wohlstand für die Deutschen, wenn die Aussichten der anderen Mitgliedsvölker nicht ähnlich gut sind. Nach den Gesetzen der Globalisierung sind die bald nur noch 70 oder 60 Millionen Deutsche eine nebensächliche Größe – selbst die acht Mal größere EU-Bevölkerung bildet nicht mehr den Mittelpunkt der Welt.

Falsch ist freilich Westerwelles Begriff der „Wohlstandsversicherung“. Die EU ist keine außen verankerte Einrichtung, die im Schadensfall ungeachtet der Summe

der eingezahlten Prämien bis zum festgelegten Umfang einspringt. Sie ist eine Wohlstandssicherung, die lediglich so stark ist, wie der Beitrag aller untereinander solidarischen Mitglieder zur gegenseitigen Sicherheit ist. Kein anderer „global player“ sieht seine Aufgabe darin, den Wohlstand der Europäer – über sein Eigeninteresse an der europäischen Zahlungsfähigkeit hinaus – zu mehren. Für die Europäer sorgen nur die Europäer. Wer ein europäisches Land fallen ließe, ließe die europäische Solidarität fallen.

Daher war es ein schwarzer Tag in der deutschen Europa-Politik, als am 17. März 2010 die Bundeskanzlerin im Bundestag die Möglichkeit des Ausschlusses eines Staates aus einem europäischen Verbund erörterte. Die deutschen Europa-Gegner

Eine Währungsunion ist eine besonders empfindliche Solidargemeinschaft. Diese fordert ihren Tribut.

bekamen Aufwind, denn aus Merkels Worten sprach der Anspruch ausgerechnet Berlins, über andere – nicht erst antragstellende, sondern bereits gleichrangige – Nationen zu richten. Auch ergab sich der falsche Eindruck, man könne unliebsame Weggefährten einfach abschütteln. Die 26 anderen Mitgliedstaaten und die Kommission waren nun erst recht herausgefordert, einer solchen Drohung und den damit geweckten Spekulationsanreizen riesige finanzielle Brandmauern entgegenzustellen. Natürlich musste Deutschland sich daran beteiligen, wollte es nicht in die Isolation geraten.

Mit ihrer Rede machte Frau Merkel allerdings unbeabsichtigt klar, dass die Einfallstore für krisenhafte Entwicklungen nicht in der Gemeinschaftspolitik liegen,

sondern in den nationalen Politiken. Nicht die gemeinschaftlichen Entscheidungen der EU hatten zur risikobehafteten Überschuldung der Staatshaushalte geführt, sondern die souveränen Beschlüsse der nationalen Parlamente und Regierungen. Diese Erkenntnis hat weitreichende Folgen. Nicht zuletzt wurde der vom Bundesverfassungsgericht gerade erst beim Lissabon-Urteil bekräftigte Souveränitätsanspruch des Bundestages und der nationalen Parlamente schlechthin untergraben. Der verlässliche Ausweg aus den Fehlentscheidungen in den einzelnen Hauptstädten kann nur die Einschränkung der eigenständigen Entscheidungsfindungen zugunsten der Berücksichtigung gemeinsamer Aspekte und Vorteile sein. Der Euro-Gruppen-Vorsitzende Junckers sprach zurückhaltend von der Harmonisierung der Haushaltspolitik der Einzelstaaten.

Wenige Monate später zieht keine Regierung mehr in Zweifel, dass es notwendig ist, „die Euro-Zonen-Mitglieder zu einer Finanz- und Haushaltspolitik zu verpflichten, die der Verantwortung für die gemeinsame Währung Rechnung trägt“, wie es Finanzminister Schäuble am 27. Januar in dieser Zeitung schrieb. Verpflichten heißt aber, nicht darauf warten, ob am Schluss alles aufgeht, sondern Vorlage des nationalen Geplantes zur gemeinsamen Begutachtung. Dabei ist die Neuverschuldung zu begrenzen und die angemessene Tilgung der Altschulden zu verabreden.

Weicht ein Parlament unter Berufung auf sein Königsrecht vom Vereinbarten ab, wird die dazugehörige Regierung unter starken gemeinschaftlichen Druck kommen. Eine Währungsunion ist eine besonders empfindliche Solidargemeinschaft. Wie sehr, das hat Schäuble dargelegt: „Unbestritten ist, dass Europa, vor allem die Euro-Zone, die nationalen Finanz-, Haushalts-, Wirtschafts- und Sozialpolitiken zur Stabilisierung der gemeinsamen Währung besser verzahnen muss.“ Dieser Einsicht folgt sein Bedauern darüber, dass „wir“ aus Rücksicht auf die „ver-

fassungsrechtlichen (damit ist wohl das Karlsruher Lissabon-Urteil gemeint) und europarechtlichen Grenzen“ und wegen „Widerstände gegen eine weitere Vergemeinschaftung“ allenthalben „auf absehbare Zeit nur begrenzte institutionelle Fortschritte machen“. Schäuble sieht jedoch den Weg offen für eine „verstärkte intergouvernementale Zusammenarbeit“, also für ein Handeln der Wissenden unter dem Zwang der Wirklichkeit.

Doch wozu der ganze Koordinierungsaufwand, etwa in einer „Wirtschaftsregierung“, wenn die meisten Staaten keinen zusätzlichen Gewinn davon haben? Westerwelle und Schäuble schließen etwa gemeinsame Anleihen der EU-Mitgliedstaaten (Euro-Bonds) aus, sie sperren sich gegen die gemeinsame Vorteilsuche der besser und der schlechter gestellten Staaten auf den Finanzmärkten. Dabei hat der Deutsche Klaus Regling an der Spitze des EFSF gerade bewiesen, welche Vorzüge die gemeinschaftlich aufgelegten Anleihen haben, selbst dann, wenn die Erlöse innerhalb der EU den Einzelstaaten zu unterschiedlichen Bedingungen weitergeleitet werden. Die Geschichte der Europäischen Gemeinschaft ist eine Abfolge von Souveränitätsverzicht im Tausch für sonst unerreichte ideelle oder materielle Gewinne der Nationalstaaten. Das erst hat die Dynamik hervorgebracht.

Doch Schäuble wie Westerwelle verschließen sich mit ihrem Stoppzeichen ihrer eigenen Logik – als ob sie ihr nicht folgen dürfen oder sie sich ihr nicht zu folgen trauen. Diese Selbstblockade der deutschen Regierungspolitik zu brechen, ist die Aufgabe der Kanzlerin. Übernahme sie wieder die europapolitische Schrittmacherschaft und erklärte sie den Bürgern den Weg und den Sinn, ihn zu gehen, dann könnte es mit Europa vorangehen. Ein Trippeln auf dem Fleck ist das Gegenteil von Vorwärtkommen. Die Bürger wissen das. Daher hat noch nie jemand in Deutschland Wahlen gewonnen mit einem Bremsprogramm für Europa.

Einzigartig  
reproduziert,  
exklusiv  
gerahmt  
Kirchner für  
Kenner



Genießen Sie einen der wichtigsten deutschen Maler des 20. Jahrhunderts auf neue Weise - erleben Sie Ernst Ludwig Kirchner in drei eigenen vier Wänden. Vom erstklassigen Ergebnis des neuen Direktscan-Verfahrens können Sie sich jetzt erstmalig überzeugen: In beeindruckender Farbqualität und Detailschärfe haben wir die sinnlich-impulsive Malerei von Ernst Ludwig Kirchner eingefangen und künstlerisch-ästhetisch perfekt gerahmt.

Neben den abgebildeten (Frankfurter Westhafen, Best.-Nr. K07 - Stehender Akt mit Hut, Best.-Nr. K03 - Variete, Best.-Nr. K01) sind weitere Motive zum Preis von 290,- Euro inkl. ges. Mwst. erhältlich. Alle Bilder haben das Format 51,5 x 66,5cm. Sie wollen mehr wissen? Wir schicken Ihnen gerne unseren Informationsflyer mit Abbildungen aller Werke zu. Ordern Sie ganz bequem per Telefon, Fax oder E-Mail. Tel: 0 27 45 / 92 02 777, Fax: 0 27 45 / 92 02 926, E-Mail: info@orbis-pictus.de



Frankfurter Allgemeine Städel Museum